

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltspost./Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Etl. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
1	113		Gesamtergebnishaushalt	12	-90.881.222		-1.000.000			-4.500.000	-4.500.000		SPD: -1.000.000 Euro, KDP verringern. In Projekten entwickelte Prozessoptimierungen, die zu Einsparungen führen, müssen auch real den Spardruck auf die Verwaltung senken Linke: -4.500.000 Euro, Kostendämpfungsprogramm (KDP) kann so nicht fortgeführt werden. Das KDP läuft nun schon seit 2015, seine Möglichkeiten sind ausgeschöpft. Erreicht wird jetzt das Gegenteil: die Verwaltung kann Aufgaben nicht mehr richtig ausführen (Beispiel Rechtsabteilung), muss viel Zeit für KDP-Maßnahmen aufwenden, statt Ihre Aufgaben zu erfüllen. Keine weiteren Einsparungen auf dem Rücken der Beschäftigten! Fraktion: -4.500.000 Euro, Kostendämpfungsprogramm (KDP) streichen. Das KDP entstand in einer anderen wirtschaftlichen Situation. Die aktuelle Wirtschaftslage der Stadt lässt keine Argumentation für Personaleinsparungen zu. Die Stadt Tübingen sollte auch in der Mitarbeiter*innenaustattung mit gutem Beispiel vorangehen. Hinweis der Verwaltung: Mit Vorlage 824/2015 hat der Gemeinderat beschlossen, dass 2021 7,814 Mio. Euro durch das KDP zu erbringen sind. Die zu erbringende Einsparung liegt damit deutlich unter den ursprünglichen Ansätzen.	Verringerung um 500.000 Euro: mehrheitlich zugestimmt	-500.000
2	135	WIT	1120	14	-2.991.490						-200.000		Fraktion: -200.000 Euro, Freies W-Lan in der Innenstadt. Zugang zum Internet ist heutzutage eine Notwendigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe. Viele Leute haben aus Kostengründen dennoch keinen privaten Internetzugang. Die Möglichkeit das Internet auch außerhalb des Rathauses und der Stadtbibliothek benutzen zu können, würde die Situation verbessern, gerade in Zeiten von und nach Corona, wo sich viele Prozesse völlig ins Netz verlagert haben. Wir schlagen die große Variante mit dem Einkauf der gesamten Technik durch die Stadt vor. So können wir digitale Autonomie und Datensicherheit gewährleisten.	100.000 Euro für erste Maßnahmen bei der WIT: mehrheitlich zugestimmt -> Veranschlagung im Budget der WIT (PG 5710-2, lfd. Nr. 17)	-100.000
3	140	11	1121	14	-521.745	-25.000				+52.179			AL/Grüne: -25.000 Euro, Tariftreue: Der Betrag soll für externe juristische Beratung aufgewendet werden. Im Rahmen der Beratung soll erarbeitet werden, wie Tariftreue – eventuell auch Tarifgebundenheit – in Ausschreibungen der Verwaltung integriert werden kann. Linke: +52.179 Euro, Kostendämpfungsprogramm (KDP) streichen der Mittel zur Umsetzung.	Tariftreue: mehrheitlich zugestimmt -> Veranschlagung im Budget von 030, vgl. Zeile 9 (PG 1123, lfd. Nr. 14) Streichung KDP-Projektmittel: mehrheitlich abgelehnt	-25.000
4	149	10	1110	14	-97.200					-200			Linke: -200 Euro, Mikrofon und Kamera für den PC des OB. Leitung der Hybridsitzungen wird erleichtert: der OB behält eher den Überblick über Wortmeldungen als am iPad	mehrheitlich abgelehnt	
5	158	10	1125	17	+0	30.000 €							AL/Grüne: -30.000 Euro, Zuschuss zu Teilauto in Teilorten (ggf. auch dünn besiedelten Randlagen). Anschubfinanzierung.	Bereitstellung 28.000 Euro: mehrheitlich zugestimmt	-28.000
6	162	10	1210	14	-423.230		-8.000						SPD: -8.000 Euro, Unterstützung der Entwicklung einer digitalen Wahlkampfhilfe ("Wahlomat") für die OB-Wahl durch Voto (gemeinnützige UG) Hinweis der Verwaltung: Im Falle der Umsetzung klären, wer für die Umsetzung (Entwicklung der Fragen) verantwortlich ist. Eine entsprechende Anfrage von voto hat der JGR nicht weiter verfolgt.	zurück genommen	
7	172	002	1114-002	14	-323.260						-10.000	-1.000	Fraktion: -10.000 Euro, Aufwendungen für kostenlose Kleinpackungen von Kondomen und Lecktüchern in Tübinger Kneipen, Bars und geeigneten öffentlichen Einrichtungen. Das Recht auf freie Entscheidung für oder gegen die Gründung und Planung einer Familie, sowie das Recht zu entscheiden, ob, wie und wann Kinder geboren werden sollen, ist ein wesentliches Menschenrecht. Mehr und mehr Menschen weichen auf unsichere Methoden aus oder verhüten gar nicht, weil das Geld nicht reicht. Und weiblich gelesene Menschen sind leider noch häufig die Personen, die sich um Verhütung sorgen und dessen Kosten tragen müssen. Daher soll die Stadt kleine Packungen Kondome ggf. mit Werbung für umweltschützende Programme wie "Tübingen macht blau" oder Nachtruhe mit Sprüche wie "Schreien könnt ihr Zuhause", in Kneipen und Bars sowie geeigneten öffentlichen Einrichtungen wie das Bürgeramt zur Verfügung stellen. 1.000 Euro, Geschlechtsneutrale Beschilderung von öffentlichen Toiletten. Statt des klassischen Weiblich/Männlich-Piktogramms soll eine Abbildung der in den jeweiligen Räumlichkeiten vorhandenen Toilettenformen und ein Spruch "All Genders Welcome" (siehe Beispiel in Antrag FRAKTION 506/2022). Wir sind der Ansicht, dass Menschen sich nicht einem binären Geschlecht zuordnen müssen und dass es Freiheit geben sollte, die Toilette aufzusuchen, die gewünscht ist. Angesichts der erst kürzlich verstrichenen Queeren Woche ist es in unseren Augen angebracht, mehr Sichtbarkeit für Menschen außerhalb des binären Geschlechtermodells herzustellen. Die Schilder stellen eine sehr kostengünstige, subtile und gleichzeitig präzise Möglichkeit hierzu dar.	Kondome/Lecktücher: mehrheitlich zugestimmt (ohne CDU) Beschilderung: mehrheitlich abgelehnt	-10.000
8	178	030	1123	12	-348.878		Betrag nicht beziffert			-8.000	Betrag nicht beziffert		SPD: ±0,1 AK, Aufstockung der 0,4 Stelle auf eine halbe Stelle in der Rechtsabteilung Linke: -8.000 Euro, ±0,1 AK, Rechtsabteilung: Ausweitung der aktuellen 40%-Stelle auf 50%. Sinnvolle Anpassung, um Personal langfristig binden zu können. Fraktion: ±0,1 AK, Um die Stelle in der Rechtsabteilung attraktiver zu gestalten und hohe Fluktuation in der Besetzung dieser Stelle zu vermeiden. Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E13 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 3.950 Euro. Jährliche Folgekosten somit 7.900 Euro.	mehrheitlich zugestimmt	-3.950

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022															
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Eld. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
9	178	030	1123	14	-69.210		-15.000			-3.000			<p>SPD: -15.000 Euro. Justiztariat: ist überlastet, u.a. Prüfung Tarifreue-Antrag ggf. extern durchführen lassen</p> <p>Linke: -3.000 Euro. Rechtsabteilung: Besserer Zugang zu Online-Recherchen. Hilft Arbeit schneller und effektiver zu erledigen</p>	<p>Tarifreue: vgl. Zeile 3, 25.000 Euro bereit gestellt</p> <p>Online-Recherche: mehrheitlich zugestimmt</p>	-3.000
10	187	THH2	314001	17	-559.300					Betrag nicht bezieht			<p>Linke: Die AHT erhält eine finanzielle Unterstützung um das 15-Betten-Pflegeheim Pfrondorf aufrecht erhalten zu können bis Neubau im Baugebiet Weiher erfolgt ist. 15-Betten Pflegestation AHT - ehemals Außenstelle Pauline-Krone-Heim - darf nicht geschlossen werden. Sie ist gefährdet durch den Rückzug des Landes bei der Finanzierung der Investitionskosten, und weil sie abrechnungstechnisch nicht mehr als Außenstelle des PKH laufen kann.</p> <p><u>Hinweis der Verwaltung:</u> Ein Weiterbetrieb als Kleinstpflegeheim ist aus Gründen der gesetzlichen Änderung zum Fachkraftschlüssel und der Landesheimbauverordnung nicht möglich. Ein erhöhter finanzieller Zuschuss ändert an der Situation des Heims nichts.</p>	mehrheitlich abgelehnt	
11	193	THH2	5710-2	17	-1.189.200	-50.000				+185.000 +125.000 +12.000			<p>AL/Grüne: -50.000 Euro. Unterstützungsfonds für die "Wiedereröffnung der Altstadt" nach der Pandemie. Hier geht es primär um Aktionen und Marketing.</p> <p>Linke: +185.000 Euro. Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH: keine weiteren Mittel. Der Vertrag mit der L-Bank ist nach 15 Jahren 2018 ausgelaufen. (Kosten mind. über 10 Mio. aus dem Verwaltungshaushalt) Die L-Bank übernimmt selbst das Vermietungsrisiko im TTR. Kein einleuchtender Grund, weshalb eine weitere städtische Finanzierung notwendig ist. Den Vertrag kündigen.</p> <p>+125.000 Euro. Streichen Zuschuss an Bio-Regio-Stern Management GmbH. Bürokratieabbau, zum nächstmöglichen Zeitpunkt kündigen.</p> <p>+12.000 Euro. Streichen Zuschuss an Standortagentur TÜ-RT-Neckar-Alb GmbH. Keine Vorteile für Tübingen, Vertrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt kündigen.</p> <p><u>Hinweis der Verwaltung:</u> Linke: Haushaltsansätze lt. Entwurf 2022 + Kündigungsbedingungen: -185.000 Euro. Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH -125.000 Euro. Bio-Regio-Stern Management GmbH. Gemäß § 14 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages zahlen die Gesellschafter jährlich einen Gesamtbetrag im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile in die Kapitalrücklagen der Gesellschaft ein. Die Universitätsstadt Tübingen ist mit einem Anteil von 16,66 Prozent an der Gesellschaft beteiligt (jährliche Zuwendung: 125.000 Euro) Die Höhe der Zuwendung wurde mit der Vorlage 230/2018 beschlossen und bleibt bis zum Jahr 2022 unverändert. Der Zuwendungsbescheid kann widerrufen und die Förderung ganz oder teilweise eingestellt werden, wenn die für diese Zuwendung benötigten Haushaltsmittel nicht bereit gestellt werden (Ziffer 1, Absatz 9 des Zuwendungsbescheids). -12.000 Euro. Standortagentur TÜ-RT-Neckar-Alb GmbH. Nach § 25 des Gesellschaftsvertrags Kündigungsfrist 12 Monate zum Geschäftsjahresende. Die Kündigung ist daher frühestens zum 31.12.2023 möglich und muss zwingend bis 31.12.2022 erklärt werden.</p>	<p>50.000 Euro für Unterstützungsfonds: WIT entwickelt entsprechendes Maßnahmenkonzept, das im Aufsichtsrat vorgestellt wird -> mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Streichung Technologieförderung, Bio-Regio-Stern, Standortagentur -> mehrheitlich abgelehnt</p>	-50.000

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Eld. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
12	196	THH 2	6110	1	+143.511.640			-3.176.743		-1.550.000	-3.000.000	-3.000.000	<p>Tübinger Liste: -3.176.743 Euro. Inhaltliche Zielsetzung: die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer von 560 auf 660 Punkte, vollzogen mit dem Haushalt 2021, wird rückgängig gemacht. Der Haushaltsabschluss 2020 und das absehbare Ergebnis des Haushalts 2021 haben - anders als prognostiziert - die Bildung einer Ergebnisrücklage in einer Größenordnung von 10 Mio. Euro ermöglicht. Die Erhöhung der Grundsteuer war vor diesem Hintergrund zum Haushaltsausgleich nicht erforderlich. Die Belastung der Haushalte mit einer in dieser Höhe nicht absehbaren Inflation und der bislang nicht ausreichend erfolgte Ausgleich steigender Energiepreise sind zusätzliche Argumente, den durch die Grundsteuererhöhung 2021 erzielten Betrag an die Haushalte zurückzugeben.</p> <p>Der Ansatz in Zeile 1 der Produktgruppe 61.10 wird um 3.176.743 Euro verringert, ebenso die Summenwerte in den Zeilen 11, 20 und 29; in der Übersicht auf S. 197 wird der Wert bei der Grundsteuer B entsprechend abgesenkt.</p> <p>Linke: -1.550.000 Euro, Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 660 auf 610. Die Grundsteuer B wird für mehr als die Hälfte des Wohnungsbestands auf die Mieter umgelegt. Auch die Wirtschaft wird in Corona-Zeiten zusätzlich belastet. Die hohe Grundsteuer konterkariert alle Anstrengungen zur Dämpfung des Mietniveaus.</p> <p>Fraktion: -3.000.000 Euro, Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 660 auf 560. Die Anhebung des Hebesatzes Grundsteuer B von 560 auf 660 war lediglich eine Pandemiemaßnahme. Tübingen hat, im Vergleich zu ähnlichen Kommunen, einen hohen Hebesatz bei der Grundsteuer B.</p> <p>FDP: -3.000.000 Euro, Inhaltliche Zielsetzung: die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer von 560 auf 660 Punkte, vollzogen mit dem Haushalt 2021, wird rückgängig gemacht. Der Haushaltsabschluss 2020 und das absehbare Ergebnis des Haushalts 2021 haben - anders als prognostiziert - die Bildung einer Ergebnisrücklage in einer Größenordnung von 10 Mio. Euro ermöglicht. Die Erhöhung der Grundsteuer war vor diesem Hintergrund zum Haushaltsausgleich nicht erforderlich. Die Belastung der Haushalte mit einer in dieser Höhe nicht absehbaren Inflation und der bislang nicht ausreichend erfolgte Ausgleich steigender Energiepreise sind zusätzliche Argumente, den durch die Grundsteuererhöhung 2021 erzielten Betrag an die Haushalte zurückzugeben.</p> <p>Der Ansatz in Zeile 1 der Produktgruppe 61.10 wird um 3.000.000 Euro verringert, ebenso die Summenwerte in den Zeilen 11, 20 und 29; in der Übersicht auf S. 197 wird der Wert bei der Grundsteuer B entsprechend abgesenkt.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Tübinger Liste, Fraktion, FDP: Bei 560% wären es 17,7 Mio. Euro, also rund 3,2 Mio. Euro weniger - ausgehend von aktuell 20,9 Mio. Euro Ansatz Linke: bei 610% wären es 19,3 Mio. und somit 1,6 Mio. Euro weniger. Allgemein: Das geplante ordentliche Ergebnis der Stadt ist nach wie vor negativ. Zum Haushaltsausgleich ist nach § 24 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) eine mehrstufige Regelung vorgesehen. Nach Stufe 1 hat die Kommune zunächst alle Spar- und Ertragsmöglichkeiten aususchöpfen. Dem wurde durch die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes Rechnung getragen. Die Auswirkungen des Ukraine-Konflikts werden die finanzielle Situation der Kommunen voraussichtlich weiter verschärfen. Ein genehmigungsfähiger Haushalt wird damit noch schwerer zu erreichen sein.</p>	<p>Senkung Hebesatz von 660 auf 560 %: mehrheitlich abgelehnt</p> <p>Senkung Hebesatz von 660 auf 610 %: mehrheitlich abgelehnt</p>	
13	196	THH2	6110	1	+143.511.640		+2.000.000			+5.000.000	+4.000.000		<p>SPD: +2.000.000 Euro, Ansatz Erhöhung Gewerbesteuer. Kalkulation der Verwaltung angesichts der Ergebnisse und Hochrechnungen für die letzten beiden Jahre zu konservativ</p> <p>Linke: +5.000.000 Euro, Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes von 390 auf 400. Ausgleich für Senkung der Grundsteuer B. Zusätzliche Mittel zur Finanzierung des ticketfreien TüBus, solange eine Umlage juristisch nicht möglich ist. Tübingen ist ein so attraktiver Standort, dass keine Ausfälle befürchtet werden müssen.</p> <p>Fraktion: +4.000.000 Euro, Anhebung des Gewerbesteuersatzes von 390 auf 410. Im Bundesvergleich ist Tübingen, für seine Größe, sehr zurückhaltend bei der Gewerbesteuer, aber greift dafür bei der Grundsteuer B stärker zu. Wir wollen diesen Missstand beheben.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Linke: bei 400% wären es 51,3 Mio. Euro und somit 1,3 Mio. Euro mehr - ausgehend von aktuell 50 Mio. Euro Ansatz. Die Gewerbesteuerumlage würde sich gleichzeitig um 120.000 Euro erhöhen. Fraktion: bei 410% wären es 52,6 Mio. Euro und somit 2,6 Mio. Euro mehr. Die Gewerbesteuerumlage würde sich um 240.000 Euro erhöhen.</p>	<p>Erhöhung Ansatz um 2 Mio. Euro: zurück genommen</p> <p>Erhöhung Hebesatz von 390 auf 400 %: mehrheitlich abgelehnt</p> <p>Erhöhung Hebesatz von 390 auf 410 %: mehrheitlich abgelehnt</p>	
14	211	31	1221	12	-2.263.618					+40.000			<p>Linke: +40.000 Euro, -1 AK, Statt 200% im HH-Plan-Entwurf nur 100% Stellen im FB Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung. Die Schaffung einer 100%-Stelle ist ausreichend.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E7 und hochgerechnet ab 01.11.2022 mit 8.480 Euro. Jährliche Einsparung somit 50.880 Euro.</p>	<p>mehrheitlich abgelehnt</p>	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltsposten/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Eld. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
15	213	33	1222	12	-2.130.146						Betrag nicht beziffert		Fraktion: +1 AK. Ein Klient*innen-Service, der vor Ort Auskunft gibt, soll in der Ausländerbehörde eingerichtet werden. Der/die Beschäftigte an dieser Service-Stelle sollte nicht inhaltlich in die Anträge einsteigen, sondern insgesamt die Kommunikation der Klient*innen mit der Ausländerbehörde erleichtern. Dringende Situationen, welche z.B. durch eine lange Bearbeitungszeit der Anträge für die betroffenen Menschen entstehen, sollten durch den Klient*innen-Service an den/die zuständige Mitarbeiter*in der Ausländerbehörde kommuniziert werden. Auch sollte der Klient*innen-Service Einsicht in die Akte nehmen können, sowie die Befugnis haben, Termine vereinbaren zu dürfen (zusätzlich zu den online verfügbaren Terminen). Ziel dieser Maßnahme ist, den Klient*innen einen Einblick über den Stand der Bearbeitung ihrer Anträge zu ermöglichen und Transparenz in die Vorgänge der Verwaltung hineinzubringen. Mehr Personal an der Schnittstelle zur Öffentlichkeit bringt Wertschätzung gegenüber Menschen, die von den Ergebnissen der Tätigkeit dieser Behörde abhängig sind, zum Ausdruck. Hinweis der Verwaltung: Vgl. Antrag des Integrationsrates 812/2021. Annahme Stelle in E6 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 24.660 Euro. Jährliche Folgekosten somit 49.320 Euro.	Schaffung 1 AK: mehrheitlich zugestimmt	-24.660
16	238	43	2521	12	-434.271		Betrag nicht beziffert						SPD: ±1 AK. Die aktuelle Stellenausstattung des Stadtarchivs ist unzureichend und ermöglicht keine archivpädagogische Arbeit; weitere Aufgabe: Unterstützung des Aufbaus eines Lernzentrums zum Nationalsozialismus. Linke: -40.000 Euro. +1 AK. Zusätzliche Stelle Archivpädagogik: Das Archiv ist das Gedächtnis der Stadt Tübingen. Seine Funktion kann es nur mit ausreichender Ausstattung erfüllen Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E10 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 33.400 Euro. Jährliche Folgekosten somit 66.800 Euro.	mehrheitlich abgelehnt	
17	238	43	2521	14	-138.070							-50.000	Fraktion: -50.000 Euro. Gutachten zu Konkretisierung eines Lern- und Dokumentationszentrums zum Nationalsozialismus (LDNS). Mit der Vorlage 373/2021 schrieb die Verwaltung der Stadt Tübingen, dass es zahlreiche Fragen zu beantworten gäbe, die geklärt werden müssten, bevor eine definitive Entscheidung über ein Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus (LDNS) getroffen werden kann. Konkreter waren ihre Fragen: "braucht es [...] einen zentralen Erinnerungsort? Was ist der Mehrwert des LDNS? Wie werden Doppelstrukturen vermieden? Welche Inhalte sollen vermittelt werden? Welche Themen und Epochen sollten behandelt werden? Was ist mit dem Blick auf die jüngere Zeitgeschichte? Welche Zielgruppen sollen mit welchem pädagogischen Konzept angesprochen werden? Wie wird die Beteiligung der Universität erreicht? Wie kann das Archiv als Bewahrer der Original-Quellen gestärkt werden? Wie sieht ein Betriebskonzept des LDNS aus? Wie soll die Finanzierung sichergestellt werden?" Um diese Fragen zu beantworten schlagen sie vor, Expertise von außen zu holen, die mit Hilfe einer Bedarfsanalyse, einer Zielgruppenbefragung und einer inhaltlichen Untersuchung eine Empfehlung aussprechen könnte. Mit diesem Antrag wollen wir die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung stellen.	Bereitstellung von Sachmitteln i. H. v. 30.000 Euro: mehrheitlich zugestimmt Erläuterung: Erstellung eines Gutachtens um Transparenz über erinnerungspolitische Aktivitäten in Tübingen herzustellen und herauszuarbeiten, welche Schwerpunkte in der städtischen Erinnerungskultur gesetzt werden sollen.	-30.000
18	240	40	2610	17	-2.356.000	-79.000						-100.000	AL/Grüne: -79.000 Euro. Zimmertheater: Erhöhung des Zuschusses. Die strukturelle Unterfinanzierung wurde im Ausschuss dargelegt. Linke: -100.000 Euro. Zuschuss Zimmertheater erhöhen. Das Zimmertheater befindet sich in einer schwierigen Finanzlage, nicht nur pandemiebedingt muss ein Defizit ausgeglichen werden. Die Vergütungen der Mitarbeiter sind unterdurchschnittlich. Das Konzept Faire Löhne sollte umgesetzt werden.	Erhöhung um 79.000 Euro: mehrheitlich zugestimmt	-79.000
19	242	40	2620	14	+0							-250	Fraktion: -250 Euro. Konzert-Zoom-Saal: Es zeichnet sich ab, dass in Tübingen kein Raum für einen Konzertsaal ist. Warum also nicht aus den Erfahrungen der Pandemiejahre lernen und den Konzertsaal in den Cyberraum bauen? Ein Zoomraum, bzw. Saal, ist eine kostengünstige Lösung, im Vergleich zu einem konventionellen "offline"-Saal. Selbstverständlich sollte hier technologieoffen vorgegangen werden, es muss nicht unbedingt Zoom sein.	mehrheitlich abgelehnt	
20	247	41	2720	12	-1.497.210							-40.000	Linke: -40.000 Euro. +1 AK. Zusätzliche Stelle Medienpädagogik. Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E9a und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 28.320 Euro. Jährliche Folgekosten somit 56.640 Euro.	hinfällig	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltspost./Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Eld. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
21	250	40	2810	17	-2.257.390		-8.000 +0 +0	-5.500	-50.000 -5.000		-10.000 -10.000 -8.000 -21.446	+0	<p>SPD: -8.000 Euro, Kunsthalle: 8.000 Euro für Kunstvermittlung an Kinder +0 Euro, Kulturfonds Corona, davon PACT e.V.: 8.000 Euro, d.a.i. e.V.: 50.000 Euro +0 Euro, Projektzuschüsse: hieraus 7.500 Euro für das Internationale Gitarrenfestival Tübingen Tübinger Liste: -5.500 Euro, Zuschuss Künstlerbund: Regelzuschusserhöhung, da gestiegene Miet- und Nebenkosten sowie der Buchhaltung CDU: -50.000 Euro, Zusätzliche finanzielle Unterstützung der Kultur- und Bildungsarbeit des DAI in 2022 - auch zur Kompensation der durch die Erkrankung der Direktorin bedingten Herausforderungen -5.000 Euro, Zusätzliche finanzielle Unterstützung der Kulturarbeit des Künstlerbundes Fraktion: -10.000 Euro, Verein zur Förderung der spanischen und ibero-amerikanischen Kultur e.V./ Festival de cine espanol. Wir fordern die Aufnahme des einzigen Filmfestivals in die Regelförderung, das gerade keine erhält, welches durch eine Migrant*innenselbstorganisation ins Leben gerufen und betrieben wird und das einzige in der Stadt Tübingen ist, das von einer Frau geleitet wird. -10.000 Euro, Verein zur Förderung des spanischen und ibero-amerikanischen Kultur e.V./ Internationales Gitarrenfestival Tübingen. Es heißt in der Kulturkonzeption: „Über die Förderrichtlinien soll etwa weiterhin, unter Bewahrung der musikalischen Vielfalt, darauf geachtet werden, solche Projekte besonders zu unterstützen, die neue musikalische Ansätze verfolgen und neue Zielgruppen ansprechen.“ Diesem Ansatz wird beim Internationalen Gitarrenfestival Tübingen eindeutig gefolgt. Die Verwaltung hat das Gitarrenfestival gebeten, mit einem Antrag auf Regelzuschuss zu warten, bis sie ein Verfahren entwickelt haben, bei dem sich alle Musikveranstalter*innen gleichermaßen bewerben und die Zuschüsse nach vergleichbaren, transparenten Kriterien vergeben werden. Allerdings muss der Verein beim Projektzuschuss das Geld im Vorfeld haben, was es schwieriger macht das Festival zu finanzieren. Die Verwaltung befürchtet, dass das Gitarrenfestival, das fünf Konzerte veranstaltet, mit einem Regelzuschuss von 10.000 Euro gegenüber anderen privilegiert wäre. Allerdings ist die Qualität der Konzerte sehr hoch, deswegen ist die Quantität begrenzt. Ein Orchester zu finden, das bereit ist iberoamerikanische Werke zu spielen, war eine Herausforderung. +0 Eine Regelförderung wäre notwendig um die organisatorische Arbeit zu professionalisieren. Gerade wird dieses ehrenamtlich durchgeführt. -8.000 Euro, Regelförderung (Fördererhöhung) "Performing Arts" Kollektive Tübingen ist ein Zusammenschluss von über 45 professionellen freischaffenden Künstlerinnen der Sparten Tanz, Performance, Figurentheater, Schauspiel und neuer Zirkus. Mit dieser Summe kann PACT e.V. die dringende Öffentlichkeitsarbeit und administrativen Belange abdecken. Die Förderung geht in den Strukturaufbau. -21.446 Euro, Verein arabischer Studenten und Akademiker Tübingen/ Arabisches Filmfestival. Wir beantragen eine Projektförderung für dieses Festival, sodass es stattfinden kann, obwohl der Verein versäumt hat einen Antrag auf Zuschuss für 2022 rechtzeitig an die Verwaltung zu stellen. Wenn das Arabische Filmfestival aus diesen Gründen nicht stattfinden kann, wäre es ein großer Verlust für die Stadt Tübingen, insbesondere in dieser Zeit zunehmenden anti-muslimischen Rassismus und Rechtspopulismus. Laut Vorlage 7/2021 wird das „Kernprodukt“ der Festivals: Die Präsentation von Filmen für das Tübinger Publikum gefördert. Gemäß dem Schreiben vom 26.2.2022 belaufen sich diese Kosten auf 21.445,71Euro. FDP: Die mit der Nachschiebeliste neu veranschlagten Mittel erhalten folgenden Beschrieb: Schaffung eines einmaligen Zusatzprogramms "Kultur nach Corona". 40.000 Euro davon fürs d.a.i., im übrigen Vergabe durch den Kubis (auf Vorschlag des FB Kultur). Der FB Kultur berichtet im Herbst, inwieweit eine Fortsetzung der Förderung durch das Zusatzprogramm in den Folgejahren angezeigt erscheint.</p>	d.a.i., 45.000 Euro aus Corona-Fonds: mehrheitlich zugestimmt Künstlerbund, zusätzl. 5.000 Euro Regelförderung: mehrheitlich zugestimmt Cine Espanol: mehrheitlich abgelehnt Gitarrenfestival, zusätzl. 7.500 Euro Projektförderung: mehrheitlich zugestimmt PACT, 7.500 Euro aus Corona-Fonds: mehrheitlich zugestimmt Kunsthalle, zusätzl. 8.000 Euro: mehrheitlich zugestimmt Arabisches Filmfestival -> mehrheitlich abgelehnt	-20.500
22	259	54	2110	12	-7.507.069	+0	+0	+0		+0		+0	<p>AL/Grüne: Entfristung von zwei Medientechnikerstellen. Um die Stellen zu sichern und den Mitarbeitern eine Perspektive zu bieten, ist es dringend notwendig diese im Jahr 2022 schnellstmöglich zu entfristen. Vgl. Antrag 813/2021 SPD: Entfristung, Bedarf dauerhaft gegeben Tübinger Liste: Die 2,0 AK Medientechniker sind bei der Fachabteilung Schule und Sport angesiedelt. Die Stellen wurden für die Jahre 2021 und 2022 zunächst befristet für 2 Jahre bis 12/2022 geschaffen und mit einem kw-Vermerk versehen. Sie sind im HH 2022 etatisiert, es entstehen 2022 keine Mehrkosten. Um die Stellen zu sichern und den Mitarbeitern eine Perspektive zu bieten, sollten diese schnellstmöglich mit diesem Haushalt entfristet werden. Linke: Medientechniker: Stellen entfristen: Dringender Bedarf in den Schulen. FDP: Die Stellen sind im Haushalt 2022 etatisiert, es entstehen durch den Wegfall der KW-Vermerke im Jahr 2022 keine Mehrkosten. Um die Stellen aber zu sichern und den Mitarbeitern eine Perspektive zu bieten, ist es dringend notwendig diese jetzt schnellstmöglich zu entfristen. Hinweis der Verwaltung: Durch die Entfristung der Stellen fallen im Jahr 2022 keine weiteren Kosten an.</p>	mehrheitlich zugestimmt	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022															
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltsposten/Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Eld. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
23	259	54	2110	14	-4.882.650		-7.500			-7.500			SPD: -7.500 Euro, Anhebung des Pro-Kopf-Betrages für Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe an allgemeinbildenden Gymnasien auf 200 Euro Linke: -7.500 Euro, Analog zur Oberstufe der GMS wird das Schulbudget in der Kursstufe (K1 und K2) der Gymnasien ab 01.01.22 auf 200 Euro/Schülerin und Schüler und ab 01.01.23 auf 214 Euro/Schülerin und Schüler erhöht. Gleichbehandlung der Sekundarstufen I und II der allgemeinbildenden Gymnasien und der gymnasialen Oberstufe. Siehe Vorlage 200/2019	mehrheitlich zugestimmt	-7.500
24	281	52	3620	12	-2.258.292	-35.000 -17.500				-20.000			AL/Grüne: -35.000 Euro, +0,5 AK, 50% Stelle ein*e Kinderbeauftragte*r. Das Übereinkommen der Kinderrechte basiert auf vier Grundprinzipien: dem Diskriminierungsverbot, dem Recht auf Leben und persönliche Entwicklung, dem Beteiligungsrecht und dem Kindeswohlvorrang. Zwar haben wir die Fachabteilung für Jugend und auch die Familienbeauftragte über die Eltern der Kinder mit einbezogen, aber es gibt keine direkte Beteiligung der Kinder. Kinderbeauftragte vertreten die Interessen von Kindern. Sie planen, koordinieren und kontrollieren städtische Aktivitäten zur Erhöhung der Kinder- und Familienfreundlichkeit bzw. passen auf, dass die Stadt kinderfreundlich bleibt. Sie geben aber auch Impulse für einen kinder- und familienfreundlichen Wirtschaftsstandort oder stellen Bedürfnisanalysen von Kindern und Familien in der jeweiligen Stadt auf. Städtische Gremien werden in Kinderangelegenheiten beraten. Mit Verbänden und Institutionen, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, wird zusammengearbeitet. Sprechstunden für Kinder, Jugendliche und Eltern werden von ihnen angeboten. Sowohl Kinder als auch Erwachsene können sich bei Problemen an sie wenden. Erwachsene erhalten auch Informationen, wie sie sich aktiv für mehr Kinderfreundlichkeit einsetzen können. Kinder werden beraten und anwaltschaftlich unterstützt. -17.500 Euro, +0,25 AK Ferienbetreuung: Eine 25 % Stelle für 2x1 Woche Ferienprogramm mit verbindlicher Teilnahme. Zielgruppe sind die 9-12 jährigen Kinder. 6 Wochen Schullferien sind für berufstätige Eltern eine enorme Herausforderung. Es soll ein Angebot für diese Eltern sein. Das könnte eine gewisse Entlastung sein. Linke: -20.000 Euro, +1 AK, eine Personalstelle für Jugendbeteiligung. Die Interessen junger Menschen sollen bei Projekten besser eingebracht werden können. Hinweis der Verwaltung: AL/Grüne: Kinderbeauftragte*r; Annahme Stelle in E10 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 16.700 Euro. Jährliche Folgekosten somit 33.400 Euro. Ferienbetreuung; Annahme Stelle in S11b und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 7.465 Euro. Jährliche Folgekosten somit 14.930 Euro. Linke: Annahme Stelle in E10 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 33.400 Euro. Jährliche Folgekosten somit 66.800 Euro.	Kinderbeauftragte*r: zurück genommen Ferienbetreuung, zusätzl. 0,25 AK: mehrheitlich zugestimmt Wenn 2022 noch nicht umsetzbar, ggf. Bereitstellung Sachmittel für Beauftragung freier Träger Jugendbeteiligung: hinfällig	-7.470
25	281	54	3620	12	-2.258.292		-40.000			-30.000			SPD: -40.000 Euro, +0,4 AK, Aufstockung Schulsozialarbeit: Mindestschlüssel an Gymnasien auf 1:700; an Gemeinschaftsschulen auf 1:400; Lösungsvariante 4.2 Vorlage 173/2021 (Schlüssel 1:275 an Grundschulen mit mehreren Standorten: Mehrkosten 18.920 Euro) Linke: -30.000 Euro, +1 AK, Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für Schulsozialarbeit. Dringender Bedarf. Die Schulsozialarbeit kann ihre Aufgaben mit dem derzeitigen Stellenumfang kaum erfüllen Hinweis der Verwaltung: SPD: Annahme Stelle in S11b und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 11.940 Euro. Jährliche Folgekosten somit 23.880 Euro. Linke: Annahme Stelle in S11b und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 29.850 Euro. Jährliche Folgekosten somit 59.700 Euro.	Schaffung zusätzl. 0,4 AK: mehrheitlich zugestimmt	-11.940
26	281	52	3620	14	-181.930						-15.000		Fraktion: -15.000 Euro, Aufwendungen für die Errichtung von legalen Graffitiwänden. In der Stadt Tübingen sind derzeit vier legale Graffitiwände vorhanden. Leider beklagen sich viele Künstler*innen, dass diese Flächen nicht ausreichend sind.	mehrheitlich abgelehnt	
27	284	53	3650	5	+4.270.000					-500.000			Linke: -500.000 Euro, Kitagebühren U3 und U3 senken – Kommunales Übergangsmodell umsetzen. Antrag Tübinger Übergangsmodell: Einstieg mit 25 Stunden pro Kind und Monat frei für Eltern bis Einkommen von 30.000 Euro. Mit dem Haushalt 2019 wurde eine Absichtserklärung für die Jahre 2020/2021 beschlossen: 500.000 Euro mit Sperrvermerk für städtische Kitas und freie Träger für Gebührenermäßigung bzw. Gebührenbefreiung und zugleich Qualitätsverbesserung und Personalgewinnung. Dem Antrag auf Ausarbeitung eines Vorschlags durch die Verwaltung für ein kommunales Übergangsmodell zum Einstieg in gebührenfreie Kitas wurde mehrheitlich im Juli 2020 zugestimmt. Dies wurde bisher nicht umgesetzt. Hinweis der Verwaltung: Die Verwaltung sah sich wegen massiver Überlastungen aufgrund der Coronalage seit März 2020 nicht in der Lage, den Einstieg in das Übergangsmodell vorzusehen.	mehrheitlich abgelehnt	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Eld. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
28	284	53	3650	12	-31.448.469		Betrag nicht beziffert						SPD: +1 AK, Ausbildungscoach: Begleitung der Azubis in Kitas und Schulsozialarbeit. Ziel: Attraktivierung der Ausbildungsgänge, Verringerung der Abbruchquote bei PIA-Auszubildenden, Erhöhung der Übergangsquote in Festanstellung Hinweis der Verwaltung: Nach Einschätzung der Verwaltung ist hier vermutlich die Begleitung in Kitas und Schulkindbetreuung gemeint, nicht der Schulsozialarbeit. Annahme Stelle in E9b und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 29.100 Euro. Jährliche Folgekosten somit 58.200 Euro.	Schaffung 0,5 AK: mehrheitlich zugestimmt	-14.550
29	284	55	3650	17	-21.560.883					Betrag nicht beziffert			Linke: Übernahme der fehlenden Betriebskosten von 5% bei den kleinen freien Trägern. Betriebskostenzuschuss von 95 auf 100% erhöhen. Miete und Nebenkosten betragen 100%, da kann nicht eingespart werden. Die Vorstände arbeiten bereits im unbezahlten Ehrenamt. Evtl. sind Zwischenschritte machbar. Hinweis der Verwaltung: 100% Zuschuss für kleine Träger: ca. 300.000 Euro pro Jahr. Durch die Konstruktion unserer Zuschüsse erreichen viele kleine Träger durch angepasstes Wirtschaften bereits das Ziel einer 100% Finanzierung.	mehrheitlich abgelehnt	
30	298	54	4210	17	-687.903	-28.000		Betrag nicht beziffert					AL/Grüne: -28.000 Euro. Zwar sieht die Stadt eine Erhöhung der Kinder- und Jugendförderung vor, um diese Mittel in die Kunstrasenplätze fließen zu lassen. Unser Ziel ist es, dass dies separat passiert, aber dennoch eine Erhöhung der KJF von 18 auf 22 vollzogen wird für die ursprünglich gesetzten Ziele dieser Fördermittel. Etwa in pädagogische Konzepte etc. Deshalb wünschen wir AL/Grüne eine separate Diskussion zu diesem Thema. Tübinger Liste: Beitrag Kinder- und Jugendarbeit Sportvereine: Als noch geplant war, dass die drei demnächst zu erneuernden Kunstrasenplätze mit einem Eigenanteil der betroffenen Vereine teilfinanziert werden, wurde wegen der Förderungsfeindlichkeit einer direkten Rückkompensation der Vereine durch die Stadt eine allgemeine Erhöhung der genannten Beträge für alle Sportvereine geplant (um zirka 36%). Dann wurde die Finanzierung der drei nächsten Kunstrasenerneuerungen vollständig von der Stadt übernommen. Der Grund für eine gegenüber allen anderen Förderzwecken extrem hohe Anpassung um 36% ist damit zugleich weggefallen. Uns ist nicht gelungen herauszufinden warum. Entsprechende Fragen an die Verwaltung sind nicht beantwortet, ob die 36% Erhöhung trotz der Revision des Planes bei den Investkosten a) noch im Haushalt steht, b) im Zuge der Korrektur die Erhöhung der Kopfbeträge für Kinder und Jugendarbeit komplett gestrichen wurde oder c) auf eine (und dann welche betragsmäßige) Erhöhung korrigiert wurde. Für eine angemessene Erhöhung möchten wir in den Haushaltsgesprächen hinwirken. Uns fehlen aber bisher die erforderlichen Daten.	hinfällig	
31	299	54	4241	14	-1.644.800	-5.000					-10.000		AL/Grüne: -5.000 Euro für das Projekt „Laufstrecken in Tübingen“ Die Idee ist, dass Laufstrecken im innerstädtischen Bereich ausgeschildert werden und zusätzlich als gpx Track auf der städtischen Website zum Download bereitgestellt werden. Menschen, beispielsweise Studierende, die neu in der Stadt sind, können somit problemlos inmitten einer ihnen noch unbekanntem Stadt interessante Laufstrecken finden. Fraktion: -10.000 Euro, Einrichtung kostenloser Kletterwände an einem öffentlichen Platz. Aufbauen einer Kletterwand zur kostenlosen Nutzung an einem geeigneten öffentlichen Platz.	Laufstrecken: mehrheitlich abgelehnt Kletterwände: mehrheitlich abgelehnt	
32	311	501	1114-50	12	-304.710								Tübinger Liste: -35.000 Euro, +0,5 AK, Programm "Seniorenleben und Pflege": Vor dem Hintergrund der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen in Tübingen, des Fachkräftmangels in der Pflege und der baulichen Verzögerung der geplanten Pflegeeinrichtungen sind präventive Angebote für ältere Menschen zunehmend wichtig, da sie dazu beitragen, die Gesundheit zu erhalten und Pflegebedürftigkeit möglichst lange hinauszuzögern (siehe auch Vorlage 57/2022). Das Programm „Seniorenleben und Pflege“ ist mit der bisherigen Stellenkapazität völlig ausgelastet. Zusätzliche Ansätze, Projekte, Maßnahmen wären notwendig, können aber nicht angegangen werden. Darum beantragen wir in diesem Bereich eine zusätzliche 50%-Stelle, die diese präventiven Ansätze und Konzepte – in enger Vernetzung mit den umsetzenden Institutionen und Netzwerken auf den Weg bringt und begleitet. Dafür wären Personalmittel von 35.000 Euro im Jahr notwendig (für 2022 durch die späte Genehmigung des HHS der entsprechende Teilbetrag) Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 17.620 Euro. Jährliche Folgekosten somit 35.240 Euro.	Schaffung 0,5 AK: mehrheitlich zugestimmt	-17.620
33	311	501	1114-50	14	-153.820		-50.000 -10.000						SPD: -50.000 Euro. Kampagne Sozialberufe über den Bereich der städtischen Kitas hinaus (siehe Begleitantrag 815/2021) -10.000 Euro. Beitritt zum Gesunde Städte Netzwerk: Vorlage 57/2022 Lösungsvariante 4.1 + 10.000 Euro Anschubfinanzierung	Kampagne Sozialberufe: 50.000 Euro -> mehrheitlich zugestimmt Gesunde Städte Netzwerk: zurück genommen	-50.000

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Eld. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
34	315	502	3140	12	-724.394						Betrag nicht bezieht		Fraktion: +1 AK, Aufbau Clearing-Stelle: Mit „housing first“ werden in mehreren europäischen Ländern gute Ergebnisse bei der dauerhaften Bekämpfung von Wohnungslosigkeit erzielt, bei gleichzeitiger Senkung der Kosten. Es bedeutet, dass die Menschen eine sichere, eigene Wohnung als ersten Schritt bekommen bei gleichzeitigen Therapie- und Unterstützungsangeboten, insbesondere nach dem Einzug in die eigene Wohnung. Diese Stelle soll für die Umsetzung von housing first zuständig sein, also für die Vermittlung einer Wohnung, sowie zuständig für Koordination von Therapie- und Unterstützungsangeboten an diese Menschen. Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E9b und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 29.100 Euro. Jährliche Folgekosten somit 58.200 Euro.	mehrheitlich abgelehnt ggf. separater Antrag zur Ausweitung des Aufgabengebiets der bisherigen Clearing-Stelle	
35	319	502	318010	12	-1.186.333		Betrag nicht bezieht				Betrag nicht bezieht		SPD: +2 AK, Integrationsmanagement: Umsetzung eines Stellenschlüssels von annähernd 1:100 (wie im Landkreis) Fraktion: +2 AK. Der Fallschlüssel im städtischen Integrationsmanagement liegt aktuell mit 1:140 (11,2 AK bei 1.564 Personen) weit hinter dem Fallschlüssel des Integrationsmanagements im Landkreis von 1:100 (21,5 AK bei 2.156 Personen) zurück. Qualität und Leistungen der Stadt sollten nicht hinter dem Landkreis zurückstehen, da der Gemeinderat mit der Entscheidung zur Übernahme des IM eine mindestens gleichwertige Leistung erwartet. Dies erfordert Kapazitäten mindestens in annähernd vergleichbarem Bereich. Wir beantragen 4 Stellen, statt die von der Verwaltung vorgeschlagenen 2, um dem Fallschlüssel des Landkreises näher zu kommen Hinweis der Verwaltung: Annahme Stellen in S12 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 62.890 Euro. Jährliche Folgekosten somit 125.780 Euro.	Schaffung zusätzl. 2 AK: mehrheitlich zugestimmt	-62.890
36	320	501	3680	12	-122.177		Betrag nicht bezieht		Betrag nicht bezieht	-20.000			SPD: +0,5 AK, Umsetzung der Anforderungen aus dem Beitritt zum Gesunde Städte Netzwerk (Vorlage 57/2022 Lösungsvariante 4.1) CDU: +0,5 AK, Personelle Verstärkung zur Koordination der Aufgaben der Gesundheitsvorsorge im Rahmen eines Beitritts zum Gesunde-Städte-Netzwerk Linke: -20.000 Euro, +0,25 AK, Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk mit 25%-Stelle zur Betreuung entsprechender Projekte. Gesundheitsförderung ist ein wichtiger Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge gerade im sozialen Bereich. Hinweis der Verwaltung: SPD, CDU: Annahme Stelle in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 17.620 Euro. Jährliche Folgekosten somit 35.240 Euro. Linke: Annahme Stelle in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 8.810 Euro. Jährliche Folgekosten somit 17.620 Euro.	erledigt	
37	320	501	3680	18	-1.500		-200						SPD: -200 Euro, Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk: Beitrag 200 Euro	zurück genommen	
38	344	021	522001	12	-193.382		Betrag nicht bezieht (mit SV)						SPD: + 1 AK mit Sperrvermerk Optiwoh-Programm: Bericht im Ausschuss über Programm Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 35.240 Euro. Jährliche Folgekosten somit 70.480 Euro.	mehrheitlich abgelehnt	
39	355	72	5110-7	12	-2.776.723					+264.000			Linke: +264.000 Euro, -4 AK, 4 neue Stellen zum Klimaschutz mit aktuell vorgesehener Aufgabenstellung nicht einrichten (Vgl. Zeile 46) Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle Landschaftsplaner in E12 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 37.520 Euro. Jährliche Einsparung somit 75.040 Euro. Annahme Stelle Stadtplaner in E12 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 37.520 Euro. Jährliche Einsparung somit 75.040 Euro. Die weiteren beiden Stellen zur Verfahrensbegleitung in A11 sind bisher ohne Budget berücksichtigt. Gesamteinsparung für 2022 wären somit 75.040 Euro.	mehrheitlich abgelehnt	
40	355	72	5110-7	14	-2.247.050	-20.000 -20.000					+20.000 -250.000		AL/Grüne: -20.000 Euro, Für Kampagnen zur Verkehrssicherheit für Radverkehr -20.000 Euro, Dauerhaft feststehende Bühne im Bereich der Freiräume, Prüfung und ggf. Planung Genderbudgeting. Es ist erwiesen, dass Mädchen oder junge Frauen weniger Räume an öffentlichen Plätzen haben, die sie nutzen. Also braucht es hier mehr Fairness in der Stadtplanung. München hat hier eine größere Studie durchgeführt und festgestellt, dass u.a. Bühnen sehr spannend sind für Mädchen. Die Stadtverwaltung prüft, wo wir eine solche Bühne aufbauen könnten und bezieht dann (weibliche) Jugendliche mit ein bei der Planung. Fraktion: +20.000 Euro, Ertrag durch Einstellung der Entfernung von Graffiti auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt. Die Stadt Wien hat Graffiti auch bereits offiziell als „Ausdrucksform der Jugendkultur“ und „Kunst“ anerkannt. Auch die Stadt Helsinki hat Ende 2008 nach jahrelanger Nulltoleranzstrategie offiziell erklärt, Graffiti sei „Teil der Stadtkultur“. Potsdam ließ kurze Zeit später Ähnliches verlauten. Graffiti gelten meist unter den Anhängern der Kultur als ein zentrales Ausdrucksmittel urbanen Lebensgefühls und finden speziell unter Jugendlichen häufig Anerkennung. Außerdem ist das Entfernen vom Graffiti teuer und umweltschädlich. (Vgl. Zeile 48.) -250.000 Euro, Gutachten Windkraft Schönbuch/ Pfrondorf. Zusätzlich zu den Härten sollte auch der zweite mögliche Standort für Windkraftanlagen nördlich von Pfrondorf untersucht werden.	Kampagne Verkehrssicherheit für Radfahrende und Fußgänger_innen: Bereitstellung von 20.000 Euro bei der Stabsstelle Klimaschutz -> mehrheitlich zugestimmt Feststehende Bühne: Bereitstellung von 20.000 Euro in der FAB Jugendarbeit mit Sperrvermerk und Aufhebung im KUBIS -> mehrheitlich zugestimmt Entfernung Graffiti: mehrheitlich abgelehnt Gutachten Windkraft: mehrheitlich abgelehnt	-40.000

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltspost./Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Eldr. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
41	355	72	5110-7	17	-91.300	-50.000							AL/Grüne: -50.000 Euro. Die Verwaltung prüft in Absprache mit den SWT im Rahmen der Planungen zu Rad(schnell)wegen, ob sich Teilstücke dafür eignen, mit Solarmodulen überdacht zu werden. Bei positivem Ergebnis unterstützt die Stadt die SWT bei der Verwirklichung eines Pilotprojekts mit 50.000 Euro. Damit kann sowohl ein Beitrag zur Energiewende als auch zum witterungsgeschützten Radverkehr geleistet werden. Die Ausgaben sind gebunden an das Ergebnis der Prüfung.	zurück genommen ggf. separater Prüfauftrag an die Verwaltung	
42	359	74	5470-7	12	-42.824			Betrag nicht beziffert					Tübinger Liste: +1 AK, Fortsetzung der Alternativenprüfung nach Bürgerentscheid zur Innenstadtstrecke. Begründung siehe nächste Zeile. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stelle in E12 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 37.520 Euro. Jährliche Folgekosten somit 75.040 Euro.	hinfällig	
43	359	74	5470-7	14	-70.000			-50.000	-100.000				Tübinger Liste: -50.000 Euro, Auftrag gutachterliche Unterstützung Alternativenprüfung II. Die ISS Alternativenprüfung hat die Ideen für eine Verknüpfung des innerstädtischen ÖPNV mit der RSB und ihren 10 Bahnhöfen im Stadtgebiet und den Teilorten geliefert. Der Bürgerentscheid im vergangenen Jahr hat mit klarer Mehrheit die Innenstadtstrecke als die Anknüpfung der Wahl verworfen. In den nächsten Jahren wird die RSB schrittweise in Betrieb gehen, die Tübinger RSB Bahnhöfe müssen noch früher geplant werden und hierfür braucht die Stadt das Konzept und dann einen Masterplan für einen CO2-freien und integrativ mit der RSB verschränkten städtischen ÖPNV-2030. Zudem verändert sich die Technik des öffentlichen Verkehrs (E-Fahrzeuge, individualisierte Angebote, ab Ende der 2er Jahre autonome Konzepte). Diese Konzeption liegt in einem Schnittbereich zwischen den Zuständigkeiten von Zweckverband RSB Neckar Alb, NALDO, SWT und der Stadt. Die Universitätsstadt Tübingen täte gut daran, die koordinative Aufgabe und strategische Ausrichtung selbst zu übernehmen. Es geht um einen zentralen Baustein und Einflussfaktor zukünftigen städtischen Lebens. Wir haben deshalb hier einen ersten Betrag für eine Fortsetzung der Arbeiten der Alternativenprüfung eingesetzt. Es wird sich voraussichtlich im Wesentlichen um Beratergebühren handeln. Zudem sehen wir im Stellenplan einen Verkehrsplaner vor. Die entsprechende Dotierung der Stelle müsste ggf. hier noch mit einem entsprechenden Betrag zusätzlich eingefügt werden. CDU: -100.000 Euro, Planungsmittel für verkehrliche Konzeptentwicklung: Die CDU respektiert den Ausgang des Bürgerentscheides mit Ablehnung der dort vorgeschlagenen Variante der Innenstadtbahn. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, die wichtigsten verkehrlichen Ziele des Projektes Regionalbahn (Verbindung der Region mit wichtigen innerstädtischen Zielen wie Universität, Klinikum und Viehweide) umzusetzen. Daher beantragen wir die Einrichtung einer Konzeptplanung, um die Haltepunkte der Regionalbahn besser mit den genannten Zielen zu verbinden. Dabei soll insbesondere die ÖPNV-Nutzung für einpendelnde Berufstätige aus der Region attraktiver werden.	Bereitstellung von insgesamt 150.000 Euro: mehrheitlich zugestimmt <u>Erläuterung:</u> Im September 2021 gab es den Bürgerentscheid zur Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn, und seitdem wird in den Parteien, Verbänden und Initiativen, nicht zuletzt in den Fraktionen des Gemeinderats, darüber diskutiert, was aus dem Ergebnis des Bürgerentscheids als nächstes folgt. Dazu gibt es unterschiedliche Ansatzpunkte, die aber letztlich miteinander verknüpft sind. Der naheliegende Ansatz ist: Jetzt muss man baldmöglichst ein Schnellbusystem einrichten, welches die Ausbaustrecken der Regionalstadtbahn im Ammertal und im Neckartal mit den wichtigsten Zielen des Pendlerverkehrs im Norden der Stadt verbindet. Diese Ausbaustrecken gehen im Jahr 2023 in Betrieb. Ihre Anknüpfung an die Schnellbusse ist einerseits im Westen, also am Westbahnhof, andererseits im Osten, am Haltepunkt Unterer Wert/Lustnau möglich. Die Schnellbusse einzusetzen, ist in jedem Fall sinnvoll. Es ist aber vernünftig, auch über weiterreichende Konzeptionen nachzudenken. Zum einen soll das Schnellbusssystem einer Überprüfung unterzogen werden, die gründlicher ist als die bisherigen Untersuchungen. Es sollen dabei weitere Linien und weitere Verknüpfungen zwischen Stadt und Region in Betracht gezogen werden. Zum anderen soll, da das Schnellbusssystem (wie von den Sachverständigen bestätigt) eine eher geringe Reichweite und Wirksamkeit hat, überprüft werden, ob es möglicherweise optimierte Trassen einer Regionalstadtbahn durch die Innenstadt geben kann. Insgesamt ist es uns ein Anliegen, mit den Möglichkeiten der Regionalstadtbahn die Verbindung zwischen Stadt und Region zu stärken.	-150.000
44	361	71	5540	12	-299.393			Betrag nicht beziffert					Tübinger Liste: +0,5 AK, Umsetzung Baumschutzsatzung ab 07/2022 Zudem wird das Thema "Stadtgrün", das im Zuge der Anpassung der Stadt auf veränderte Klimaverhältnisse noch an Bedeutung gewinnt, aktuell in unserer Stadtverwaltung an vielen Stellen (u.a. in fast allen Fachbereichen des Dezernats 02) dispers betreut. Die bestehenden Abstimmungsstrukturen sorgen für ein gewisses Maß an Gleichlauf und Gesamtsicht. Mittelfristig sollte aber wieder die kompetente Koordination und Initiative für das Thema Stadtgrün an einer Stelle vorgesehen werden. Mit der halben Stelle sollten auch die Überlegungen für eine solche Stelle, ihre Aufgaben und sinnvolle organisatorische Anbindung befördert werden. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stelle in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 17.620 Euro. Jährliche Folgekosten somit 35.240 Euro.	hinfällig	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Eld. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
45	372	82	1124-8	12	-6.255.983	-90.000	-10.000			Betrag nicht beziffert -30.000	Betrag nicht beziffert		AL/Grüne: -90.000 Euro, Erhöhung des Eigenreinigungsanteils um 10 %. Gebäudereinigung 60 %, städtisch 40 % Fremdvergabe. Der Tarif der Stadt ist besser und es ist eine Aufgabe der Stadt. Die Personen müssen oft abends arbeiten, das ist für viele in Teilzeit möglich. SPD: -10.000 Euro, Umstellung Verhältnis Eigenreinigung zu Fremdreinigung auf 60:40 Linke: Reinigungskräfte nach kommunalem Tarifvertrag bei der Stadt anstellen. Dass tarifvertragliche Mindeststandards eingehalten werden, kann nur wirklich gewährleistet werden, wenn Personal bei der Stadt angestellt ist. Beseitigung der Ungleichbehandlung des Reinigungspersonals. -30.000 Euro, Hausmeister: Gesamtstellenumfang moderat ausweiten. Dringender Bedarf in den Schulen, erweiterte Aufgaben durch Medien. Fraktion: 10 Stellen. Ungefähr die Hälfte der eingesetzten Reinigungskräfte sind bei der Stadt Tübingen angestellt, die andere Hälfte wird von Mitarbeiter*innen von externen Firmen durchgeführt. Die Mitarbeiter*innen der Stadt werden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vergütet und haben dadurch vergleichsweise bessere Arbeitsbedingungen (die Löhne sind trotzdem niedrig und reichen häufig nicht zum Leben). In der Fremdreinigung erfolgt die Vergütung nach dem Tarifvertrag des Gebäudereinigerhandwerks (18% bis 70% niedrigerer Lohn als in TVöD und weniger bzw. keine Leistungszulagen). Außerdem wird die Tariftreue formal abgefragt, aber ihre Einhaltung nicht durch die Stadt kontrolliert. Die Arbeitsbedingungen von Gebäudereiniger*innen haben sich bundesweit durch die finanzielle Notlage der Kommunen und zunehmende Privatisierung verschlechtert: der Wettbewerb wird hauptsächlich über Personalkosten (Arbeitsverdichtung, Tarifunterschreitungen, geringfügige Beschäftigung, Mini Jobs, Zeitarbeit) ausgetragen. In der Innenreinigung arbeiten hauptsächlich geringfügig oder in Teilzeit Beschäftigte FLINTA, oft Migrantinnen. Wir stellen hiermit einen Antrag auf Erhöhung der Anteile der bei der Stadt Tübingen angestellten Reinigungskräfte. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> AL/Grüne, SPD, Linke: Erhöhung des Eigenreinigungsanteils: 60% Eigenreinigung bedeutet einen zusätzlichen Stellenbedarf von 15 x 0,5 AK. Annahme Stellen in E2 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 175.000 Euro. Jährliche Folgekosten somit 350.000 Euro. Minderausgaben für Sach- und Dienstleistungen gleichzeitig 260.000 Euro. Linke: Annahme Stelle Hausmeister in E5 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 23.660 Euro. Jährliche Folgekosten somit 47.320 Euro. Fraktion: Annahme 10 x 0,5 AK in E2 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 116.670 Euro. Jährliche Folgekosten somit 233.340 Euro. Minderausgaben für Sach- und Dienstleistungen gleichzeitig 173.340 Euro.	Erhöhung auf 60 % Eigenreinigung, zusätzl. 7,5 AK: Im Saldo Bereitstellung 30.000 Euro für 2022 zur schrittweisen Umsetzung -> mehrheitlich zugestimmt Hausmeister: hinfällig	-120.000
				14	-15.227.960										+90.000
46	389	91	5410	12	-1.939.204					+66.000			Linke: +66.000 Euro, -1 AK, 1 neue Stelle zum Klimaschutz mit aktuell vorgesehener Aufgabenstellung nicht einrichten. (Vgl. Zeile 39) <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stelle Radverkehrsförderung in E12 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 37.520 Euro. Jährliche Einsparung somit 75.040 Euro.	mehrheitlich abgelehnt	
47	389	91	5410	14	-4.165.595					-10.000 -10.000			Linke: -10.000 Euro, Neuer Belag für den Fußgänger- und Radweg zwischen der Kreuzung Uhlandstraße/Derendinger Allee und dem Bahnübergang Ammertalbahn (Weg hinter Wildermuth-Gym.). Dieser viel genutzte Weg befindet sich in einem derart schlechten Zustand, dass eine Gefährdung der Nutzer befürchtet werden muss. -10.000 Euro, Rad-/Feldweg zwischen Derendingen und Freibad: zwei kurze Stücke neu asphaltieren. Vor wenigen Jahren wurde dieser Weg frisch asphaltiert und eine Umfahrung um die Kleingartenanlage der Bahn gebaut. Am Ortsausgang vor der Jugendfarm und an der Kurve vor den ehemaligen Kleingärten wurde kein neuer Belag aufgebracht. Durch Schlaglöcher sind diese Abschnitte besonders bei Nacht gefährlich. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Die beantragten Maßnahmen sind bereits im Arbeitsprogramm des Fachbereiches enthalten. Es sind keine zusätzlichen Mittel erforderlich.	hinfällig nach Hinweis der Verwaltung	
48	411	91	5450	14	-386.250						+35.000		Fraktion: +35.000 Euro, Ertrag durch Einstellung der Entfernung von Graffiti auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt. Die Stadt Wien hat Graffiti auch bereits offiziell als „Ausdrucksform der Jugendkultur“ und „Kunst“ anerkannt. Auch die Stadt Helsinki hat Ende 2008 nach jahrelanger Nulltoleranzstrategie offiziell erklärt, Graffiti sei „Teil der Stadtkultur“. Potsdam ließ kurze Zeit später Ähnliches verlauten. Graffiti gelten meist unter den Anhängern der Kultur als ein zentrales Ausdrucksmittel urbanen Lebensgefühls und finden speziell unter Jugendlichen häufig Anerkennung. Außerdem ist das Entfernen vom Graffiti teuer und umweltschädlich. (Vgl. Zeile 40)	Reduzierung um 15.000 Euro <u>Erläuterung:</u> Reduktion der Reinigung, vornehmlich an Stellen, bei denen mit einer schnellen erneuten Besprühung zu rechnen ist und an deren Besprühung allgemein weniger Anstoß genommen wird, z. B. Unterführungen. -> mehrheitlich zugestimmt	+15.000
49	414	93	5470-9	12	0					-60.000			Linke: -60.000 Euro, +1 AK, Eine neue Stelle für Nahverkehrsplanung, Klima- und Umweltschutz: Zur Umsetzung des ticketfreien Nahverkehrs. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stelle in E12 und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 37.520 Euro. Jährliche Folgekosten somit 75.040 Euro.	hinfällig	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltsplan/Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Eld. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
50	414	93	5470-9	14	-67.770					-100.000			Linke: -100.000 Euro, Erhöhung der Sachmittel für externe Aufträge: Klima und Umweltschutz zur Umsetzung des ticketfreien Nahverkehrs.	Zusätzl. Hinweis der Verwaltung: Mittel für die Beauftragung einer gutachterlichen Stellungnahme zum Klimaschutzprogramm sind in Höhe von 200.000 Euro für 2022 eingestellt und es ist vorgesehen, die Beauftragung dieses Jahr auch zu tätigen -> erledigt	
51	414	93	5470-9	17	-3.297.340			+900.000 +267.800	-25.000	-100.000 -150.000	-500.000 -250.000 -1.000.000		<p>Tübinger Liste +900.000 Euro 1) 365.-Euro-Ticket kommt frühestens im Oktober. +267.800 Euro 2) Einstellung ticketloser Samstagsbus (Begründung Sperrung Parkhaus Altstadt Mitte weggefallen) CDU: -25.000 Euro_ Wir beantragen ein Pilotprojekt mit Einrichtung einer direkten Busverbindung für Schulkinder, morgens und mittags, auf der Strecke Unterjesingen - Wurmlingen - Rottenburg. Dieses Projekt soll für die Schulkinder die Sicherheit des Schulweges verbessern und gleichzeitig dem Einsatz von "Elterntaxi" für die Schulwege entgegenwirken. Linke: -100.000 Euro_ Umsetzung der schon entwickelten Alternativen zur Stadtbahn-Innenstadtstrecke (Schnell-/Direktbus mit E- oder Wasserstoffantrieb) beginnen. Für die Reduzierung des CO2-Ausstosses ist der schnelle Ausbau des ÖPNV von zentraler Bedeutung -150.000 Euro_ Einführung ticketfreier TüBus 2023: Planung und Organisation 2022 Als Sofortmaßnahme noch dieses Jahr: weitere Absenkung der Schülertickets um 5 Euro. Um die gesetzten Klimaziele zu erreichen, brauchen wir einen energischen Schritt zu Verminderung des Schadstoffausstoßes im Verkehr. Erfahrungen in anderen Städten beweisen, dass durch den ticketfreien Nahverkehr mehr Menschen zum Umstieg vom MIV zu gewinnen sind und die Umweltbelastung deutlich gesenkt werden kann. Für Menschen mit niedrigem Einkommen ein wichtiger Schritt zur Teilhabe. Fraktion: -500.000 Euro_ Nachtbusse-Angebot verbessern. Das Nachtbusseangebot soll verbessert werden, indem jeden Tag auf jeder Strecke mindestens einmal zwischen 00:00 und 05:00 ein Bus fährt. -250.000 Euro_ 18:00 Uhr Ticket: Im Tübinger Stadtverkehr zahlt man für eine Hin- und eine Rückfahrt mindestens 4,50 Euro (checken). Das ist verhältnismäßig viel, wenn man sich nur von einem Ortsteil für eine Veranstaltung in die Stadt begeben will. Würde man ein 18:00 Uhr Ticket einführen, könnte man möglicherweise Autoverkehr und alkoholbedingte Auto- und Radunfälle reduzieren. Ein solches Angebot (Abend-/Nachtarif) gibt es bereits für die Parkhäuser in Tübingen im Gegensatz zum ÖPNV. -1.000.000 Euro_ "Tübingen macht Blau" - Elektro-Doppeldeckerbus: Ein Blauer "Tübingen macht Blau" elektronischer Doppeldeckerbus für touristische Stadtrundfahrten. Er könnte in einer Kreislinie auf dem Einbahnstraßenring verkehren. Während der Fahrt werden Auszüge aus dem Klimaschutzprogramm vorgelesen. Die Mitfahrer:innen haben für die Nutzung kein Entgelt zu entrichten. Der Bus hält aber auch direkt vor Einzelhandelsbetrieben. In Großbritannien haben sich Doppeldeckerbusse als hervorragendes Propagandainstrument herausgestellt.</p>	<p>Reduzierung Ansatz 365-Euro-Ticket um 900.000 Euro: <u>Hinweis der swt</u> Die Mittel für das 365 Euro-Ticket werden 2022 voraussichtlich nicht bzw. nicht in voller Höhe von swt /TüBus abgerufen, da das 365 Euro-Ticket frühestens zum 01.09.2022, gegebenenfalls erst zum 01.01.2023 bzw. 01.03.2023 eingeführt wird. Die eingestellten Mittel über 1,2 Mio. Euro können im städtischen Haushalt daher zunächst auf 0,3 Mio. Euro reduziert werden. Falls das 365 Euro-Ticket erst 2023 eingeführt wird, kann der Betrag auf Null reduziert werden. Dies wird im Juli 2022 bekannt sein. -> mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Einstellung ticketloser Samstagsbus: mehrheitlich abgelehnt</p> <p>Pilotprojekt Busverbindung: zurück genommen, ggf. separater Prüfauftrag</p> <p>Alternativenprüfung: vgl. Zeile 43, 150.000 Euro bereit gestellt</p> <p>Ticketfreier TüBus und Absenkung Schülertickets um 5 Euro: mehrheitlich abgelehnt</p> <p>Verbesserung Nachtbus-Angebot: erledigt</p> <p>18 Uhr Ticket: zurück genommen, ggf. separater Antrag TüBus</p> <p>Elektro-Doppeldeckerbus: mehrheitlich abgelehnt</p>	+900.000
52	417	92	5510	14	-118.470	-20.000							AL/Grüne: -20.000 Euro_ Entsiegelung von Parkplätzen. In der Gemarkung Tübingen gibt es ca. 42.000 Parkplätze. Die Stadtverwaltung prüft in den äußeren Gebieten, welche dieser Parkplätze entsiegelt werden können und stattdessen Grünflächen, Bäume oder nicht versiegelte Rad-Abstellplätze etc. angebracht werden können.	mehrheitlich zugestimmt	-20.000
53		KST									-5.000		<p>Fraktion: -5.000 Euro_ Pfandringe an städtischen Mülleimern (Abstellmöglichkeiten für Pfandflaschen und Dosen). Pfandringe bieten die Möglichkeit Pfand einfach und sichtbar abzustellen, damit Wertstoff dem Recycling zurückgeführt werden kann und nicht im Restmüll verbrannt wird. Gleichzeitig vermeiden wir dadurch das entwürdigende Wühlen im Mülleimer nach Pfandflaschen. Ein Pfandring kostet laut unserer Recherche circa 180 Euro. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Die vorhandenen städtischen Mülleimer sind für die Anbringung entsprechender Pfandringe nicht geeignet.</p>	mehrheitlich zugestimmt <u>Zusätzl. Hinweis der Verwaltung:</u> Wird über Wirtschaftsplan der KST abgewickelt. Es sind keine zusätzl. Mittel hierfür erforderlich.	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, CDU und FRAKTION zum Ergebnishaushalt 2022															
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Zeile	Haushaltspost./Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Eldr. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DIB, Huhn	FDP	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2			
54	414	93	5470-9	17	-3.297.340								<p>Jugendgemeinderat: -89.200 Euro, Die Stadtwerke Tübingen GmbH bzw. die TüBus GmbH möge durch den Tübinger Gemeinderat in Form einer projektbezogenen Subvention beauftragt werden, 20 weitere TüBusse über einen Zeitraum von fünf Jahren mit kostenfreiem WLAN auszustatten. Die Einwahl in das WLAN-Netzwerk sollte dabei möglichst einfach und barrierefrei gestaltet sein. Für dieses Vorhaben sollen im Haushalt 2022 finanzielle Mittel in Höhe von 89.200 Euro bereitgestellt werden. Für den Haushalt 2023, 2024, 2025 und 2026 werden jeweils finanzielle Mittel in Höhe von 19.200 Euro in Form einer projektbezogenen Subvention bereitgestellt. Aus unserer Sicht würde WLAN in TüBussen zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Nahverkehrs führen.</p> <p><u>Hinweis der Verwaltung:</u> Vgl. Antrag 814/2021. Die Projektkosten in Höhe von 20.000 Euro sind richtig. Die Investitionssumme beträgt 20x 2.700 Euro= 54.000 Euro Die monatlichen Kosten liegen nun bei 160 Euro x 12 Monate x 20 Busse = 38.400 Euro. Die Gesamtsumme beläuft sich auf 112.400 Euro.</p>	112.400 Euro mit Sperrvermerk , Prüfung Verwaltung, wie bereits 2022 vernünftig einsetzbar-> mehrheitlich zugestimmt	-112.400
55	172	002	1114-002	17	-560.320								<p>Integrationsrat: Die Stadtverwaltung richtet bei einer passenden externen Einrichtung (bspw. einem Migrationsdienst oder einem Antidiskriminierungsbüro) eine Ombudsstelle (1,0 AK) ein, die zu einem kleineren Teil auch Clearing-Aufgaben übernimmt. Diese Ombudsstelle wird zu einer Anlaufstelle, wenn Menschen in Tübingen von der Verwaltung (möglicherweise) diskriminiert werden.</p> <p>Ombudsstellen sind bei Diskriminierungen eine wichtige Anlaufstelle. Sie folgen nicht nur dem AGG (dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, sondern auch den Menschenrechten). Sie sind parteilich für Anspruchsberechtigte und je autonomer sie agieren desto besser. Deshalb sieht der Integrationsrat diese Stelle nicht bei der Stadtverwaltung angesiedelt, sondern bei einer externen Einrichtung. Der kleinere Teil dieser Stelle soll als Clearingstelle agieren und gegebenenfalls Verweisberatungen ausüben.</p> <p>Der oben beantragten Ombudsstelle wird das Recht auf Akteneinsicht gegeben. Ebenfalls steht es der Ombudsstelle zu, falls nötig, in einem Fall ein Gutachten erstellen zu lassen.</p> <p>Das Ziel ist, dass die Stadtverwaltung mit dieser Stelle gemeinsam ihre Fehler erkennt, reflektiert und diese Fehler verbessert. Der Integrationsrat wird bei der Einrichtung der Stelle strukturell miteinbezogen.</p> <p><u>Hinweis der Verwaltung:</u> Vgl. Antrag 816/2021 Annahme einer zu bezuschussenden Stelle in E9a und hochgerechnet ab 01.07.2022 mit 28.320 Euro. Jährliche Folgekosten somit 56.640 Euro.</p>	<p>Bezuschussung für 2022 mit 18.000 Euro, Annahme 0,5 AK: Zunächst Befristung auf 2 Jahre, um zu prüfen, ob es dauerhaften Bedarf gibt. Ein entsprechender Bericht soll Ende nächstes Jahr erfolgen.</p>	-18.000

Bisher veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-6.482.716
Summe Veränderungen	-501.480
Neues ordentliches Ergebnis	-6.984.196